https://test.rtde.tech/russland/164707-russische-generalstaatsanwaltschaft-erklaert-transparency-international-fuer-unerwuenscht/ 7.3.2023

Russische Generalstaatsanwaltschaft erklärt Transparency International für unerwünscht

Die Generalstaatsanwaltschaft hat die Tätigkeit von Transparency International (TI) in der Russischen Föderation für unerwünscht erklärt. Die Organisation gehe bei ihrer Arbeit offensichtlich über die erklärten Ziele und Aufgaben hinaus, berichtet die Zeitung Iswestija unter Berufung auf die Generalstaatsanwaltschaft. "Obwohl TI formal als eine Organisation auftritt, die weltweit Korruption bekämpft, mischt sie sich in innere Angelegenheiten der Russischen Föderation ein, was eine Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung und die Sicherheit des Landes darstellt", hieß es in einer Erklärung.

Die Erklärung für unerwünscht bedeutet, dass russischen Staatsangehörigen Haftstrafen drohen, wenn sie für die Organisation arbeiten. Wenn sie diese finanziell unterstützen oder ihre Inhalte verbreiten, müssen sie ebenfalls mit Strafen rechnen.

Das Justizministerium hatte die russische Filiale von Transparency International bereits im Jahr 2015 als "ausländischen Agenten" eingestuft.

Transparency International war im Jahr 1993 gegründet worden. Zu ihren Gründern hatten Ex-Beamte der Weltbank und Mitarbeiter des US-Nachrichtendienstes gehört. Nach heftiger Kritik hatte Transparency International im Jahr 2017 die Akkreditierung ihrer US-Filiale zurückgezogen. Unter anderem hatte es Beschuldigungen gegeben, die US-Filiale sei eine Verdeckung für multinationale Konzerne. Im Jahr 2012 hatte sie ihren Integritätspreis an die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton verliehen und Aufrufe zur Unterstützung des NSA-Whistleblowers Edward Snowden blockiert.

https://pleiteticker.de/frauenministerin-dreht-durch-klassische-jungs-erziehung-kann-maenner-zu-moerdern-machen/ 8.3.2023

Frauenministerin dreht ab: Klassische Jungs-Erziehung soll Männer zu Mördern machen

Frauen – und Familienministerin Lisa Paus sagte dem Tagesspiegel, dass jeden dritten Tag „eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet" wird. Als die Nachfrage kommt, ob in der Erziehung von Jungs etwas falsch läuft, prangert sie die klassisch männliche Erziehung an.

Bei ihrem Amtsantritt bezeichnete sich Bundesfamilien- und Frauenministerin Lisa Paus (Grüne) als „klare Feministin". Wie sie in einem Tagesspiegel-Interview erklärte, seien „Ungleichheit und Diskriminierung" kein individuelles, „sondern ein strukturelles Problem" – wir leben „nach wie vor" im Patriarchat. Und genau diese „patriarchalen Denk- und Verhaltensmuster", die Paus unter Strafe stellen will (Pleiteticker.de berichtete), führen laut der Ministerin dazu, dass jeden dritten Tag „eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet" wird.

Wer daran schuld ist? Nicht etwa die Masseneinwanderung von Menschen, die tatsächlich aus patriarchalen islamischen Kulturen kommen und auf vermeintliche Ehre und Unschuld fixiert sind. Nein. Laut Frau Paus ist die allgemeine, männlich-stereotype Erziehung von Jungen schuld – genau wie Spielwarenhersteller.

Als Kind spielen sie mit Autos, dann bringen sie ihre Frau um?

Man möchte es kaum glauben, doch genau das sagt Frau Paus uns hier. Nachdem sie schildert, dass in Deutschland an jedem dritten Tag eine Frau getötet wird, fragt der Tagesspiegel nach: „Läuft in der Erziehung von Jungs etwas falsch?" Hier hätte man erwartet, dass eine echte Feministin mangelnde Integration anspricht – dass sie kritisiert, dass kleine Jungs zuhause lernen, dass die Frau „haram" ist, wenn sie kein Kopftuch trägt und frei sein möchte. Doch Frau Paus – die ach so „klare

Feministin" – sagt folgendes: „Oft werden Jungen festgelegt auf bestimmte Verhaltensweisen: Sie weinen nicht, bezahlen Mädchen das Kino und gelten als technik- und autointeressiert."

Ja, Sie haben richtig gehört: Kleine Jungs die lieber mit Autos als mit Puppen spielen oder ihre Freundin auf ein Eis einladen, sind die Frauenmörder von morgen. Die kindlichen Verhaltensweisen, wie das fehlende Weinen sind demnach der Ausdruck des verinnerlichten Patriarchats, das von so dubiosen Akteuren wie Spielwarenherstellern unterstützt wird. Sie teilen die Kinderwelt „in Rosa und Hellblau" – erschreckend, findet Frau Paus das. Sie dachte, „wir hätten das überwunden". ……..

https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2023/kirche-mitgliederschwund/ 8.3.2023

Rekord: Evangelische Kirche verliert 575.000 Mitglieder

So viele Deutsche wie noch nie kehren der EKD den Rücken. Doch bei der Erklärung blendet die Kirche den wichtigsten Grund aus.

HANNOVER. Innerhalb nur eines Jahres hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 575.000 Mitglieder verloren – so viele wie noch nie in zwölf Monaten. Erstmals übertraf dabei die Zahl der Austritte die der Todesfälle, wie die EKD mitteilte.

380.000 Menschen traten 2022 aus der Kirche aus. Das sind 100.000 und damit fast 36 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Sterbefälle blieb den Angaben der EKD zufolge mit 365.000 etwa auf dem Niveau von 2021. Zusammen macht das 745.000. Gleichzeitig konnte sie nur 170.000 neue Mitglieder gewinnen – die allermeisten durch Taufe nach der Geburt.

Kirche nennt Mitgliederschwund „stetige Veränderung"

Damit sind nur noch 19,1 der inzwischen 84 Millionen Menschen in Deutschland protestantisch. Das entspricht 22,7 Prozent der Bevölkerung.

Den neuen Rekordwert beim Mitgliederschwund findet die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus „bedrückend".

„Die stetige Veränderung gehört zum Wesensmerkmal der evangelischen Kirche. Gegenwärtig sind besonders tiefgreifende Veränderungen zu gestalten", versuchte sie zu erklären. Über die linkslastige Ausrichtung der EKD als Ursache – unter anderem charterte sie Flüchtlingsboote im Mittelmeer, von denen eines unter der Antifa-Flagge fährt – verlor die Ratsvorsitzende kein Wort. Dabei treibt das viele bürgerliche Mitglieder in den Austritt.

Welt-Chefredakteur Ulf Poschardt kommentierte auf Twitter: „Das Hofieren der Letzten Generation und Kirchentage, die von Parteitagen der Grünen nicht zu unterscheiden sind, zeigen Wirkung.". Die EKD macht dagegen mit Bezug auf eine Studie ihres Sozialwissenschaftlichen Instituts eine „Kosten-Nutzen-Abwägung" für die Entscheidung verantwortlich, auszutreten. (fh)

https://www.epochtimes.de/politik/ausland/frankreich-bis-zu-14-millionen-protestieren-gegen-rentenreform-strassen-und-tanklaster-blockiert-a4182610.html 8.3.2023

Frankreich: Bis zu 1,4 Millionen protestieren gegen Rentenreform – Straßen und Tanklaster blockiert

In Frankreich debattiert der Senat über die geplante Rentenreform. Im Parlament wurde noch nicht abgestimmt. Derweil legen Proteste das Land lahm.

Zwischen 1,1 und 1,4 Millionen Menschen sind laut AFP am Dienstag, 7. März, in Frankreich gegen die geplante Rentenreform auf die Straße gegangen. Damit hat die Protestwelle ihre größte Beteiligung seit dem 31. Januar erreicht, an dem landesweit 1,27 Millionen Demonstranten gezählt wurden.

Die Gewerkschaften hatten dazu aufgerufen, das Land durch Streiks „zum Stillstand zu bringen". Wie „France 24" berichtet, kam es an Bahnlinien, Straßen und Kreisverkehren in mehreren Städten zu Streikaktionen und Blockaden. Demonstranten versperrten auch Tanklastern den Weg aus den Raffinerien. Auch an Schulen, bei der Müllabfuhr und beim Stromkonzern EDF legten Menschen ihre Arbeit nieder.

Streiks in Frankreich auch für die kommenden Tage zu erwarten

Anlass für den großen Aktionstag ist die Debatte der Rentenreform im Senat. Dorthin hatte es Frankreichs Regierung überwiesen, nachdem es innerhalb einer Frist zu keiner Endabstimmung in der Nationalversammlung gekommen war. ……

Die Gewerkschaften wollen den Druck unterdessen aufrechterhalten. Am Mittwoch will man den Streik fortsetzen, auch hier ist mit erheblichen Behinderungen der Mobilität zu rechnen. Bei der staatlichen Bahngesellschaft SNCF und bei der Müllabfuhr ist sogar mit längeren Ausständen zu rechnen. Auch am Samstag sind Proteste gegen die Rentenreform geplant.

Rentenreform will Wildwuchs an Einzelsystemen den Kampf ansagen

Das Vorhaben der französischen Regierung sieht eine schrittweise Anhebung des regulären Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre bis zum Jahr 2030 vor. Gleichzeitig soll die Anzahl der Einzahlungsjahre bis zum Bezug der vollen Altersrente steigen.

Ein voller Rentenanspruch bleibt jedoch weiterhin erst ab 67 Jahren bestehen. Zudem ist geplant, die monatliche Mindestrente auf etwa 1.200 Euro brutto zu erhöhen. Sonderbestimmungen soll es geben für Menschen, die unter besonders harten Bedingungen arbeiten oder bereits sehr lange im Arbeitsprozess stehen. …..

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/krankenkassen-bosse-fette-gehalts-erhoehungen-trotz-geldmangel-83141820.bild.html
9.3.2023

Fette Gehaltserhöhungen für Krankenkassen-Bosse

Ständig klagen die Krankenkassen über Finanznot – aber für ihre Chefs ist weiter genug Geld da!

Viele Kassen erhöhten 2022 die Gehälter ihrer Vorstände, leisteten üppige Boni.

▶️Krassester Fall: Das Grundgehalt des Chefs der AOK Nordwest, Tom Ackermann (52). Es stieg 2022 um knapp 70 000 Euro von 201 625 auf 270 000 Euro!

Die Kasse begründet die Erhöhung mit dem Abschluss eines neuen Vertrages. Dafür würde nun die Zahlung eines Bonus wegfallen. Im vergangenen Jahr hatte Ackermann aber noch für 2021 einen Bonus von 38 000 Euro erhalten.

Dabei verlangt die AOK Nordwest mit 16,49 Prozent einen der höchsten Beitragssätze aller Kassen und hat den Zusatzbeitrag erst im Januar erneut erhöht.

Weitere deftige Chef-Gehaltssprünge:

►HEK: Von 206 017 auf 227 873 Euro + 21 856 Euro.

► AOK Plus: Von 244 560 Euro (inkl. Bonus) auf 259 618 Euro + 15 058 Euro

► BKK firmus: Von 187 850 Euro auf 200 050 Euro + 12 200 Euro.

https://www.focus.de/politik/deutschland/insgesamt-fuenf-millionen-euro-zehn-abgewaehlte-berliner-stadtraete-erhalten-volles-gehalt-bis-2026_id_187764486.html

Zehn abgewählte Stadträte erhalten volle 330.000 Euro bis 2026

Zehn Berliner Stadträte und Bezirksbürgermeister, die bei der Wiederholungs-Wahl in Berlin im Februar 2023 abgewählt wurden, erhalten bis 2026 volles Gehalt. Das liegt in einem Vorgang nach der

Chaos-Wahl 2021 begründet. Insgesamt belaufen sich die Kosten auf fünf Millionen Euro bis zum Ende der Wahlperiode.

Im Februar 2023 gab es dann für einige Wahlsieger der Berlin-Wahl von 2021 eine Watschn von den Berliner Bürgern: Sie wählten unter anderem zehn Bezirksbürgermeister und Stadträte, die 2021 gewählt wurden ab. Für die Abgewählten gibt es aber einen starken Trost.

Weil die zehn Politiker von SPD, Linken und Grünen 2021 zu Beamten ernannt wurden, bekommen sie weiterhin Geld. Bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2026 kassieren sie mindestens 9142 Euro/brutto im Monat – also bis etwa 330.000 Euro Kopf. Auf den Steuerzahler kommt somit eine zusätzliche Belastung von fünf Millionen Euro zu - obwohl die Politiker gar nicht mehr im Amt sind. …..

https://exxpress.at/korruptionsskandal-der-eu-explodiert-jetzt-auch-kommission-in-katar-gate-verstrickt/ 7.3.2023

Korruptionsskandal der EU explodiert: Jetzt auch Kommission in Katargate verstrickt

Zuerst das EU-Parlament, jetzt die EU-Kommission. Der Korruptionskrimi in Brüssel geht munter weiter. Nach Eva Kaili und ihren Komplizen steht jetzt ein hoher Beamter der EU-Kommission, Henrik Hololei, im Verdacht, von Katar geschmiert worden zu sein.

Der Leiter der Generaldirektion Mobilität und Verkehr, Henrik Hololei, sprich der höchste Beamte unter der zuständigen EU-Kommissarin Adina Valean, steht im Verdacht der Einflussnahme von Seiten Katars.

Hololei war laut "Politico" im Zeitraum 2015 bis 2021 mehrfach umsonst in der Business Class mit Qatar Airways geflogen. Vier dieser Flüge seien von der katarischen Regierung oder Gruppen bezahlt worden, die der Regierung nahestehen. Wie eine Sprecherin der EU-Kommission einräumte, seien auch Kosten für Hotelübernachtungen übernommen worden.

Was der Sache eine besondere Würze gibt: Zu den bezahlten Flügen sei es gekommen, während die Generaldirektion Mobilität und Verkehr in Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und Katar "eng" eingebunden war, schreibt die Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly in einem am Montag veröffentlichten Schreiben an die Chefin der EU-Kommission Ursula von der Leyen. ……..

https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/loerrach-nazikeule-protest/ 7.3.2023

Lörrach: Jetzt kommt die Nazi-Keule gegen den Protest

LÖRRACH. Im baden-württembergischen Lörrach hatte die städtische Wohnungsbaugesellschaft langjährige Mieter vor die Tür gesetzt, um dort Migranten unterzubringen. Inzwischen sind Politik und die Stadt dabei, die Empörung aufzuarbeiten. Der Skandal wird umgedeutet. Im Zentrum der Kritik stehen jetzt die, die den Skandal publik machten. Und Politiker beklagen, daß „Flüchtlingsunterbringung nicht mehr geräuschlos" funktioniere.

Die Lörracher Wohnungsbaugesellschaft sieht sich als Opfer. Bei ihr meldeten sich 1500 wütende Anrufer, sie erhielt 250 E-Mails aufgebrachter Bürger. Und vor dem örtlichen Grünen-Büro demonstrierten Menschen mit dem Transparent „Wir haben Platz – aber nicht für Deutsche". Die Stadtverwaltung sieht darin einen Aufmarsch von Rechtsextremen. Der „Kampf gegen Rechts" ist nun das beherrschende Thema in der 48.000-Einwohner-Kreisstadt nahe der Schweizer Grenze.

Lörrach gegen „Haß, Hetze und Intoleranz"

Der Gemeinderat veröffentlichte nun eine Erklärung gegen den Protest, daß Mieter zugunsten von Flüchtlingen ausziehen müssen. „Wir beziehen Position gegen Haß, Hetze und Intoleranz", heißt es darin. Sie bezieht sich auf den Shitstorm gegen Mitarbeiter der Wohnbau Lörrach und die Aktionen gegen die Grünen. Diese werden als „fremdenfeindlich" bezeichnet. „Wir stehen für eine liberale Stadt Lörrach und eine offene

Gesellschaft. Wir dulden nicht, daß Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden." Mit Ausnahme der beiden Gemeinderatsmitglieder von AfD und Freien Wählern stimmten alle der Erklärung zu.

Nun befürchtet man auch andernorts Protest, wenn Alteingesessene den Migranten weichen müssen. Steffen Jäger (CDU), Präsident des baden-württembergischen Gemeindetags, äußert die Sorge, daß die Zeiten, in denen die Flüchtlingsaufnahme „geräuschlos" funktioniert habe, „vorbei" seien. „Seit einigen Monaten müssen wir feststellen, daß die verfügbaren Kapazitätsgrenzen bei den regulären Aufnahmeeinrichtungen und zwischenzeitlich eben auch auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt erschöpft sind". Er halte es für möglich, daß auch anderswo auf Verdrängung emotional reagiert werde, sagt er der FAZ. Die Situation sei „angespannt".

Faeser findet Protest „unverantwortlich"

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) fordert ebenfalls mehr Akzeptanz für die Entscheidungen, Migranten statt Mieter in Wohnungen unterzubringen: Es sei klar, „daß für schon lange bestehende Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht jetzt Kriegsflüchtlinge als Begründung mißbraucht werden dürfen. Das ist falsch und unverantwortlich. Denn das vergiftet die Diskussion und führt zu Hetze gegen Geflüchtete oder gegen politische Entscheidungsträger – im schlimmsten Fall bis hin zur Gewalt." (fh)

https://pleiteticker.de/schueler-aufgepasst-jetzt-kommt-geschlechtersensibler-mathe-unterricht/ 7.3.2023

Schüler, aufgepasst! Jetzt kommt „geschlechtersensibler" Mathe-Unterricht…

Das Bildungsministerium in NRW hat Entwürfe seiner neuen Lehrpläne veröffentlicht. „Geschlechtersensible Bildung" soll stärker in den Fokus rücken – auch in Mathe und anderen Zahlenfächern.

Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen künftig einen noch stärkeren Fokus auf geschlechtersensible Bildung legen, das geht aus Lernplan-Entwürfen, die auf einer zum Bildungsministerium gehörenden Internetseite veröffentlicht wurden, hervor. Doch nicht nur in den Fächern Deutsch, Englisch und den Geisteswissenschaften soll Gender-orientiertes Denken verankert werden, auch die naturwissenschaftlichen Fächer und Mathematik müssen ihren Beitrag leisten.

„Die Entwicklung einer mündigen und sozial verantwortlichen, für ein friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben einstehenden Persönlichkeit" sei auch Aufgabe des Mathematikunterrichtes, heißt es im Entwurf für den neuen Lernplan für alle Schulformen. Neben geschlechtersensibler Bildung gehören dazu auch Menschenrechtsbildung, politische Bildung und Demokratieerziehung.

Konkrete Lernmaterialien beinhaltet der Lernplan zwar nicht, jedoch werden Lehrer darin aufgefordert, geschlechtergerecht zu sprechen. Außerdem solle über nicht-geschlechtergerechtes Material wie das überdurchschnittlich häufige Abbilden und Zitieren von Männern in Schulbüchern reflektiert werden.

Besonders grundlegende Lerninhalte der Mathematik lassen sich tatsächlich überwiegend auf Männer zurückführen. So etwa der Satz des Pythagoras, den jeder in der Schule lernen muss. Inwiefern eine Reflektion über die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen des antiken Griechenlands den Lernerfolg der Schüler unterstützt, dürfte sich nicht jedem auf den ersten Blick erschließen.

Deutschland nur noch im Mittelfeld

Während die Gender-Thematik Einzug in den Unerricht hält, rutscht Deutschland weltweit im Unterrichtsfach Mathematik immer tiefer ins untere Mittelfeld. In der 2020 veröffentlichten Timss-Studie für die ersten vier Schuljahre schaffte Deutschland es gerade mal auf Platz 25 von 64, wie der Spiegel berichtete. Mit 521 Punkten lag man zwar knapp über dem

Durchschnitt aller beteiligten Länder von 500 Punkten – und trotzdem fernab des Tabellenführers Singapur mit 625 Punkten. ……..

https://pleiteticker.de/warum-die-mehrheit-der-muslime-cdu-gewaehlt-hat-wir-sind-die-neuen-kartoffeln/ 9.3.2023

Warum die Mehrheit der Muslime CDU gewählt hat: Wir sind die neuen Kartoffeln

Analyse von Ahmet Iscitürk

Bei der Berlin-Wahl 2023 konnte sich die CDU als stärkste Partei durchsetzen. Die Tatsache, dass auch die Mehrheit der muslimischen Wähler für die christlich demokratische Union gestimmt hat, überrascht viele, obwohl es eigentlich naheliegt.

Als Donald Trump bei den US-Wahlen 2020 in Florida rund 47 % aller Latino-Stimmen erhielt, war die Überraschung ähnlich groß. Überall auf der Welt scheint man davon auszugehen, dass in jedem Menschen mit Migrationshintergrund ein linker Multikulti-Traumtänzer steckt. Die Wahrheit ist jedoch, dass die meisten Migranten oder Muslime in Deutschland, genau wie die Latinos in den USA, eher konservative Werte vertreten.

Deshalb erhielten die Christdemokraten in Berlin 27,7 Prozent der muslimischen Stimmen, gefolgt von 24,9 Prozent für die SPD, 15,3 Prozent für die Linke und 8,3 Prozent für die Grünen. Dass die SPD überhaupt noch so viele muslimische Unterstützer hat, liegt wahrscheinlich daran, dass sie in deren Köpfen als Arbeiterpartei verankert ist.

Viele Muslime sind deutscher als deutsch

In den Schlagzeilen finden Muslime entweder als spaßorientierte Jugendliche, blutrünstige Messerstecher, Terroristen und/oder Sozialschmarotzer statt. Aber würden gewaltbereite Hartz IV-Jihadisten heute wirklich die CDU wählen? Nein, natürlich nicht. Gewaltbereite Hartz-

IV-Dschihadisten wählen entweder gar nicht, oder sie wählen die Parteien, die dafür sorgen, dass noch mehr gewaltbereite Hartz-IV-Dschihadisten nach Deutschland kommen.

Obwohl sich alle darüber einig sind, dass die Flüchtlingspolitik von der Merkel-CDU komplett an die Wand gefahren wurde, sind die Grünen und die SPD wild entschlossen, exakt die gleichen Fehler zu begehen. Die meisten Muslime haben darauf keinen Bock und machen ihr Kreuzchen deshalb bei der CDU, die zumindest einen Ausweg aus der Misere verspricht und nicht von einem „Wohlstand des Weniger" faselt. Das heißt nicht, dass sich Hamoudi und Manal ein Poster von Friedrich Merz ins Wohnzimmer hängen würden, aber sie möchten weiter in Frieden leben und die Früchte ihrer Arbeit genießen. Die von SPD und Grünen forcierte Deindustrialisierung in Kombination mit unkontrollierter Zuwanderung verspricht das genaue Gegenteil.

Almanya in Gefahr

Die bittere Wahrheit ist, dass viele Migranten und Muslime in meinem Umfeld lieber die AfD wählen würden, als jemals wieder eine rot-grüne Bundesregierung zu ertragen. Das kann ich teilweise verstehen, denn die AfD will uns zwar alle aus dem Land jagen; aber wenn die Ampelkoalition Deutschland in ein „Shithole Country" verwandelt, gibt es ohnehin keinen Grund mehr, hierzubleiben.

Das wäre schade, denn die meisten Muslime, die schon länger hier leben, haben die klassischen deutschen Tugenden verinnerlicht und sich im Laufe der Jahre so an das Leben hier gewöhnt, dass eine Rückkehr in die alte Heimat unmöglich erscheint. Sie hängen an Deutschland, weil ihnen dieses Land ermöglicht hat, eine sichere Existenz und einen gewissen Wohlstand aufzubauen. Viele von ihnen verstehen nicht, warum die aktuelle Regierung derzeit alles daransetzt, Deutschland auf ein Niveau herunterzuwirtschaften, das dem der Länder entspricht, aus denen sie vor vielen Jahren abgehauen sind.

Neue Kartoffeln

Für viele Deutsche ist „Kartoffel" ein Schimpfwort, aber als Kind türkischer Einwanderer fühle ich mich immer mehr den Menschen zugehörig, denen dieser Begriff entgegengeschleudert wird. Ich bin unter Muslimen in Nürnberg aufgewachsen und die meisten von Ihnen wählen mittlerweile die CSU. Wir sind gewissermaßen die neuen Kartoffeln. Die CDU/CSU steht für ähnliche Werte, während sich SPD und Grüne immer mehr in ideologischem Denken verlieren und bei Themen wie Sexualität oder Klima beinahe extremistische Tendenzen aufweisen.

Nach den Silvester-Krawallen in Neukölln wollten Vertreter der CDU die Vornamen der Tatverdächtigen erfahren und ernteten dafür viel Kritik. Ich verrate Ihnen jetzt ein Geheimnis: Ich kenne einige Muslime, die ebenfalls an diesen Namen interessiert waren. Ein Freund, der in Berlin Taxi fährt, brachte es schön auf den Punkt: „Falls da jemand aus meiner Ecke dabei ist, zieh' ich ihm öffentlich die Ohren lang".

Ahmet Iscitürk wurde 1972 in Nürnberg geboren. Der Deutschtürke hat als Autor und Gagschreiber für Print, Web, Radio, Film und Fernsehen gearbeitet und hält die Meinungsfreiheit für eines der wichtigsten Grundrechte unserer Demokratie.

https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/moscheebau-linksradikale/ 7.3.2023

Ärger um Moscheebau: Muslime verdrängen Linksradikale

Der Wuppertaler Stadtrat stimmt für eine Groß-Moschee. Erstmals sind Linke dagegen. Denn ein Autonomes Zentrum muß den Muslimen weichen.

WUPPERTAL. In Wuppertal darf die türkisch-islamische Gemeinde eine Moschee mit soziokulturellem Zentrum bauen. Gestern Abend hat der Stadtrat beschlossen, daß das Projekt an der Straße Gathe im Ortsteil

Elberfeld realisiert wird. Bisher befindet sich dort ein „Autonomes Zentrum" der linksradikalen Szene der Stadt. Der Beschluß sieht vor, den Muslimen das Baurecht 2024 oder spätestens 2025 zu erteilen.

Während die AfD den Antrag aus grundsätzlichen Vorbehalten gegen eine weitere Islamisierung ablehnte, stimmten die Linke und Teile der SPD aus anderen Gründen dagegen. Beide Gruppen fürchten, daß kein annehmbares Ausweichquartier für die Autonomen gefunden werde. CDU, Grüne, FDP und mehrere Stadtratsmitglieder der SPD stimmten dagegen für die Moschee. Bisher sitzt das muslimische Gebetshaus auf einem deutlich kleineren Grundstück auf der gegenüberliegenden Straßenseite.
…….

https://t.me/auf1tv/5031 9.3.2023

Jahrzehntelang propagierten die Linken in Deutschland die kulturfremde Massenzuwanderung. Eine Islamisierung oder gar ein Bevölkerungsaustausch wurde als Hetze oder Verschwörungstheorie abgestempelt. Nun müssen sie ihre eigene Medizin kosten. Das sogenannte „Autonome Zentrum Gathe" soll jetzt abgerissen und durch eine türkische Moschee ersetzt werden. Die Linksextremen kündigten umfassenden Widerstand an und kämpfen nun selbst laut eigenen Aussagen gegen die „Erdoganisierung".